



Vorlage Nr. 25-I-30-0002

Tagesordnungspunkt 9

der öffentlichen Sitzung des Ausländerbeirats am 1. April 2025

Prävention gegen Fake News, Hate Speech und Förderung von Medienkompetenz

Antrag der DAL-Liste

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen wird gebeten:
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden empfiehlt die Bereitstellung finanzieller und personeller Mittel zur Prävention gegen Fake News und Hate Speech sowie zur Förderung von Medienkompetenz in Wiesbaden. Konkret sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Bildungsprogramme zur Medienkompetenz
 - 1.1 Förderung und Umsetzung von Workshops und Schulungen in Schulen, Jugendzentren und Migrantenorganisationen.
 - 1.2 Vermittlung von Methoden zur Überprüfung von Informationen und zum kritischen Umgang mit Medien.
2. Einbindung migrantischer Vereine als Multiplikatoren
 - 2.1 Unterstützung von Migrantenselbstorganisationen bei der Entwicklung und Umsetzung mehrsprachiger Informationskampagnen zu Fake News und Hate Speech.
 - 2.2 Bereitstellung finanzieller Mittel für Projekte, die gezielt Fehlinformationen in sozialen Medien entgegenwirken.
3. Stadtweite Aufklärungskampagnen gegen Fake News und Hate Speech
 - 3.1 Entwicklung und Förderung von Kampagnen zur Sensibilisierung für digitale Desinformation.
 - 3.2 Kooperation mit lokalen Medien, Hochschule und zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Stärkung des öffentlichen Bewusstseins.
4. Schulungen für Multiplikatoren
 - 4.1 Bereitstellung von Fortbildungen für Lehrkräfte, Sozialarbeiter und Vereine, um deren Kompetenz im Umgang mit Fake News und Hate Speech zu stärken.
 - 4.2 Vermittlung praxisnaher Strategien zur Aufklärung gefährdeter Gruppen.

Begründung:

Digitale Desinformation und Hassrede gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt und erschweren die demokratische Teilhabe. Neben der allgemeinen Verbreitung von Fake News stellt insbesondere die mehrsprachige Desinformation eine Herausforderung dar, da viele Migrantinnen und Migranten Nachrichten in ihren Herkunftssprachen über soziale Medien konsumieren. Dadurch entstehen zusätzliche Einfallstore für gezielte Falschinformationen und extremistische Inhalte. Besonders besorgniserregend ist die massive Verbreitung von Falschinformationen über Migration, Flucht und das Leben von Migrantinnen und Migranten in

Deutschland. Diese Narrative werden zunehmend durch politische Debatten auf Bundesebene befeuert und durch mediale Zuspitzungen verstärkt. Falschmeldungen über angebliche Privilegien für Geflüchtete, Kriminalitätsstatistiken oder wirtschaftliche Auswirkungen von Migration schüren Ängste und Vorurteile in der Gesellschaft und tragen zur Spaltung bei.

Durch gezielte Aufklärungsarbeit und die Förderung von Medienkompetenz kann Wiesbaden aktiv gegen Fake News und Hate Speech vorgehen. Insbesondere Migrantinnen und Migranten sollen dadurch in die Lage versetzt werden, Falschinformationen besser zu erkennen und sich aktiv gegen digitale Hetze zu schützen. Gleichzeitig wird der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt und der Radikalisierung präventiv entgegengewirkt. Wir empfehlen der Stadtverordnetenversammlung, die notwendigen Mittel für diese Maßnahmen im kommunalen Haushalt bereitzustellen.

Beschluss Nr. 0013

Der Antrag des Vorstands wird antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dezernat I z. w. V.

Ausschuss für Finanzen und Beteiligung z. w. V.

Kizilgöz
Vorsitzender